

Sehr geehrte Frau Aumer,

gerne habe ich Ihren umfangreichen Fragebogen zum Thema Landwirtschaft beantwortet, auch wenn Landwirtschaft bisher nicht das Kernthema meiner politischen Arbeit war.

Eva-Maria Schreiber, MdB

Obermünsterstraße 4

93047 Regensburg

1. Haben Sie einen direkten Bezug zur Landwirtschaft?

Als Kind besuchte ich immer den Bauernhof meiner Großeltern. In der ablaufenden Legislatur habe ich mich als Obfrau im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit für eine Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft und der regionalen Märkte in den Ländern des globalen Südens eingesetzt und auch einige Projekte besucht (z.B in Marokko). Mein Engagement gilt auch der heimischen Landwirtschaft. Erst kürzlich habe ich mit der agrarpolitischen Sprecherin der Linksfraktion, Kirsten Tackmann, bäuerliche Betriebe in Oberbayern (Lkrs. Eichstätt) und Niederbayern (Lkrs. Dingolfing) besucht.

2. Kaufen Sie regional ein?

In der Großstadt – ich wohne in München – ist es schwieriger, regionale Produkte einzukaufen. Ich nutze die Möglichkeiten von Stadtteil-Wochenmärkten und Bio-Läden.

3. Wie definieren Sie einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb?

Ein landwirtschaftlicher Familienbetrieb, ist für mich ein Betrieb, der einen eigenen oder gepachteten Boden oder Forst bewirtschaftet, um die Existenz einer Familie zu sichern, im Haupt- oder Nebenerwerb.

4. Wie sehen Sie den Stellenwert der deutschen Landwirtschaft in der Gesellschaft?

Der Stellenwert der deutschen Landwirtschaft hat gelitten und wird verkannt. Ursachen sind die Ausrichtung auf den Weltmarkt, die Abhängigkeit von Lebensmittelkonzernen, Vorwürfe, die Umwelt zu schädigen und den Klimawandel zu befeuern.

4.1. Wie kann man den Stellenwert maßgeblich verbessern?

Soziale und ökologische Leistungen der Landwirtschaft müssen stärker (finanziell) gefördert und anerkannt werden.

4.2. Was werden Sie persönlich dafür tun, um den Stellenwert der Landwirtschaft in der Gesellschaft zu fördern?

Ich werde mich nach wie vor für eine Landwirtschaft einsetzen, die am Gemeinwohl orientiert, regional verankert, sozial und ökologisch ausgestaltet ist. Diese Landwirtschaft wird an gesellschaftlicher Bedeutung gewinnen, jungen

Menschen eine nachhaltige berufliche Perspektive bieten und den ländlichen Raum stärken.

5. Priorisieren Sie folgende Begriffe: Wirtschaft, Gesundheit, landwirtschaftliche Nutzflächen, bezahlbarer Wohnraum, Luxusgüter, CO2-Reduktion, regionale Produkte

Für eine gerechte und soziale Gesellschaft sind alle Begriffe wichtig. Nur Luxusgüter dürfen wir uns kaum noch leisten. Wir nehmen uns mehr als unser Planet noch zu geben vermag.

6. Wie kann die deutsche Landwirtschaft Ihrer Meinung nach besser an der Wertschöpfungskette teilnehmen?

Lebensmittelpreise müssen ein angemessenes Verhältnis zu den Erzeugungskosten haben. Dafür braucht es gesetzliche Regelungen. Dazu gehören u.a. ein gemeinwohlorientiertes Kartellrecht und eine Generalklausel gegen unlautere Handelspraktiken. Regionale, kooperative Liefernetzwerke könnten zu einer fairen Risiko- und Gewinnverteilung beitragen.

7. Brauchen wir eine noch umweltgerechtere Landwirtschaft in Deutschland?

Ja, die Landwirtschaft kann noch umweltgerechter werden. Die Leistungen dafür müssen aber finanziell gefördert werden und anreizbasiert und einkommenswirksam ausgestaltet werden. Das gilt natürlich für alle Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union

8. Welche Maßnahmen braucht es Ihrer Meinung nach für eine klimaneutrale Landwirtschaft?

Um die Erderwärmung zu stoppen, muss auch die Landwirtschaft klimaneutral werden. Treibhausgase entstehen in der Landwirtschaft u.a. durch Viehhaltung, Düngung Transport und müssen reduziert werden. Durch den Erhalt und die Pflege von Humusböden, Forsten und Feuchtgebieten kann CO2 gebunden und gespeichert werden. Diese ökologische und gesellschaftliche Leistung der Landwirtschaft muss honoriert werden, sowohl über Fördergelder als auch über Lebensmittelpreise.

9. Wie wollen Sie die Landwirtschaft im Bereich der erneuerbaren Energien wieder stärker einbinden?

Landwirtinnen und Landwirte leisten schon einen signifikanten Beitrag bei der Erzeugung regenerativer Energien. Neben der Sonnen- und Windenergie spielt die Biogasproduktion eine sehr große Rolle. Für diese grüne Energiequelle braucht die Landwirtschaft eine kostenlose Beratung und eine finanzielle Unterstützung bei der Investition.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz muss grundlegend reformiert werden. Die Verteilung der Kosten der Energiewende muss gerecht verteilt werden. Industrieprivilegien müssen abgebaut werden, eine Stromsteuer für Privathaushalte abgeschafft werden!

10. Weg von den fossilen Energieträgern hin zu regenerativen Energien - inwiefern kann in Ihren Augen die Landwirtschaft hier einen Beitrag leisten?

Wie schon zur Frage 9 erwähnt, kann die Landwirtschaft dabei ihren Beitrag leisten. Viele landwirtschaftliche Wohn- und Arbeitsgebäude sind schon mit einer Solaranlage versehen. Und die Erzeugung von Biogas als grüne Energiequelle bringt viele Vorteile für die Umwelt und letztendlich für eine Energiewende.

11. Sind Sie für eine generelle, staatliche Herkunfts-Kennzeichnungspflicht aller Lebensmittel (Rohware und Verarbeiter)?

DIE LINKE ist für eine verpflichtende Herkunfts- und Tierwohlkennzeichnung für alle Lebensmittel, die tierische Zutaten enthalten. Nur so haben Verbraucherinnen und Verbraucher die realistische Chance diese Kriterien am Produkt zu bewerten. Ich befürworte eine Ausweitung der Herkunftskennzeichnung bei Eiern auf Produkte, die verarbeitete Eier enthalten, um Käfighaltung weiter zu reduzieren. Im Grundsatz sehen wir die Eier-Kennzeichnung als gelungenes Beispiel, die auf andere Tierarten übertragbar ist. Ferner werden wir ein verpflichtendes Klimalabel unterstützen, wenn es die gesamten Treibhausgasemissionen der Lebensmittelproduktion im In- und Ausland einbezieht und auch die Emissionen aus Landnutzung, Transport, Kühlung und Verpackung umfasst.

12. Wie stellen Sie sich Ernährungssouveränität in Deutschland oder der EU vor, mit dem Hintergrund der Zwangsökologisierung durch API, Umschichtung in die zweite Säule mit gleichzeitigem Import von Lebensmitteln, Futtermilch (Hintergrund: andere Standards, Umweltzerstörung durch Lebensmittelproduktion in anderen Ländern/auf anderen Kontinenten)?

DIE LINKE würde es begrüßen, wenn – wie in Österreich – die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit hochqualitativen Lebensmitteln tierischen und pflanzlichen Ursprungs auch aus heimischer Produktion zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit und die Sicherung der Erbringung und Qualität der Wasserversorgung als Teil der Daseinsvorsorge als Staatsziel in das Grundgesetz aufgenommen werden. Genauso würde ich die Ernährungssouveränität für die EU festschreiben wollen. Im Übrigen sollte die Ernährungssouveränität den Ländern des globalen Südens ebenfalls ermöglicht werden. Doch Rechte auf dem Papier nützen wenig, wenn die Politik sie nicht umsetzt. DIE LINKE will eine sozial-ökologische Ausrichtung der Agrar- und Ernährungspolitik. Wir wollen eine Lebensmittelproduktion, die die Versorgung sichert statt maximale Profite der Konzerne, mit der Landwirtinnen und Landwirte gut leben und gute Ernährung für alle bezahlbar ist.

13. Kennen Sie die Düngeverordnung?

Die Düngeverordnung, die lange überfällig war und von einer EU-Klage schließlich erzwungen wurde, kann ich nicht beurteilen. Grundsätzlich fordere ich eine praktikable, ergebnisorientierte und verbindliche Verordnung mit angemessener Übergangszeit, umfassender Förderung und kostenfreier Beratung der Betriebe.

14. Wie stehen Sie zum Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln?

Grundsätzlich begrüße ich Maßnahmen, die der Erhaltung der biologischen Vielfalt und dem Gewässerschutz dienen. Aber mit fehlt das fachliche Wissen, den NAP genauer einschätzen zu können.

15. Welchen Arbeitsschutz, Rente, etc. planen Sie für Akteure aus der Landwirtschaft?

Grundsätzlich verfolgt DIE LINKE das Ziel einer solidarisch finanzierten Gesundheits- und Pflegeversicherung, in die alle einzahlen, alle Einkommen verbeitragt werden und die Bemessungsgrenze fällt. Das gilt nicht nur für das System der Altersversicherung für Landwirte (Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau), sondern auch für uns Abgeordnete. Wir streben eine gerechte und solidarische Beitragszahlung an und eine soziale Sicherung mit dem Schutz vor Altersarmut. Solange das nicht erfüllt ist, unterstützen wir die SVLFG, auch mit Forderungen nach Bundeszuschüssen.

16. Speziell in diesem Jahr sind viele Landwirtinnen und Landwirte von Starkregen, Hagel etc. betroffen. Welche Maßnahmen planen Sie diesbezüglich für die Zukunft? Welche Maßnahmen wären diesbezüglich speziell im Raum Oberpfalz Ihrer Meinung nach nötig, um folgende Überschwemmungen von Ackerland zu verringern?

Auch die Landwirtschaft ist zunehmend von extremen Wetterereignissen bedroht. Dürre und Starkregen gefährden die Existenz von landwirtschaftlichen Betrieben. Deshalb gehe ich zunächst davon aus, dass die Landwirtschaft ihren Beitrag dazu leistet, die Klimaziele zu erreichen. Sicher muss die Landwirtschaft spätestens jetzt, konkret auch vor Ort, ein Starkregenrisiko einschätzen und sich über die Möglichkeiten des landwirtschaftlichen Hochwasserschutzes informieren lassen. Auch wenn die Oberpfalz bisher eher glimpflich bei den Starkregenfällen weggekommen ist, sollten die Behörden zusammen mit der Landwirtschaft Vorsorge treffen, mit technischen Maßnahmen (Dämme, Hochwasserrückhaltebecken) und mit einem Hochwasser-Flächenmanagement (Anlegen und Ausweisen von Überflutungsflächen).

17. Wie kann das Konzept „Mindestlohn“ auch in bäuerlichen Betrieben umgesetzt werden? (derzeit arbeitet meist nur Familie für Iw Betrieb und dass weit unter Mindestlohn)

Grundsätzlich muss auch in der Landwirtschaft ein Mindestlohn gezahlt werden (DIE LINKE fordert 13€). Diesen Lohn sollten auch die Angehörigen, insbesondere die Landwirtinnen, erhalten, damit auch sie im Alter abgesichert sind. Deshalb setzt sich DIE LINKE schon seit Jahren für (personal-) kostendeckende Erzeugerpreise und bezahlbare Lebensmittelpreise durch faire Regeln entlang der Lieferkette ein. Grundsätzlich müssen bessere Einkommensbedingungen in der Gesellschaft dazu beitragen, dass gute Lebensmittel erschwinglich bleiben.

18. Naturschutz vs. Landwirtschaft: Wie stehen Sie zur Problematik mit dem Wolf? Wie lässt sich der Wolf mit der Version von mehr Weidehaltung in Deutschland praxisnah vereinbaren? Stehen Sie für einen kooperativen (VNP) oder einen ordnungsrechtlichen Ansatz (Gesetze, Verordnungen) für

Neuerungen in der Landwirtschaft (z.B. bei Insektenschutz, Pestizideinsatz...)?

Die Verbraucherinnen und Verbraucher wünschen sich eine Weidehaltung. Aus diesem Wunsch ergibt sich ein Dilemma mit dem Schutz des Wolfes, unterschiedlich groß je nach Region in Deutschland. Auch wenn vom Wolf gerissene Tiere entschädigt und Weidezäune bezuschusst werden, vermag ich dieses Dilemma nicht aufzulösen.

Ein Vertragsnaturschutzprogramm sollte von den Behörden, den Naturschutzverbänden und der Landwirtschaft gemeinsam aufgelegt werden. Und ein ordnungsrechtlicher Rahmen schafft Rechtsicherheit für alle.

19. Derzeit werden Gesetze und Entscheidungen für die Landwirtschaft an der Landwirtschaft vorbei entschieden. Das führt zu praxisfremden und wenig zielführenden Resultaten. Wie sollte dieses Problem gelöst werden? In wie fern werden Sie sich konkret dafür einsetzen, dass Fachlichkeit und Wissenschaft eine größere Rolle als Populismus spielt?

Gesetze und Entscheidungen treffen unterschiedlich und oft ungerecht landwirtschaftliche Betriebe. Große agrarindustrielle Betriebe können Auflagen womöglich besser erfüllen als kleine konventionelle und ökologische Betriebe, die sich kaum das Personal leisten können, um Aufzeichnungs- und Kontrollpflichten zu erfüllen. Grundsätzlich plädiere ich dafür, alle Betriebe, ob klein oder groß, konventionell oder ökologisch, anzuhören und an einer Entscheidungsfindung zu beteiligen. DIE LINKE im Deutschen Bundestag war die erste Fraktion, die mit Vertreterinnen und Vertretern von „Land schafft Verbindung“ ein Gespräch geführt hat.

Populismus lehne ich entschieden ab. Wissenschaft, fachliche Expertise, aber auch soziale Gerechtigkeit und Gemeinwohlorientierung müssen Grundlage politischen Handelns sein.